

Rede Ulf Thiele MdL

Stellvertretender Vorsitzender und finanzpolitischer Sprecher
der CDU-Fraktion im Niedersächsischen Landtag

- Es gilt das gesprochene Wort. -

**TOP 18: Haushaltsberatungen 2022/ 23
- Allgemeinpolitische Debatte**

• **Einleitung: Koalition zeigt Handlungsfähigkeit**

<<Anrede>>

Zunächst möchte auch ich mich bei den Kollegen aller Fraktionen im Haushaltsausschuss bedanken sowie bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Ministerien, des Finanzministeriums sowie der Landtagsverwaltung, insbesondere Frau Keuneke und dem GBD – und natürlich auch bei Finanzminister Reinhold Hilbers. Für die guten und konstruktiven Haushaltsberatungen für diesen Doppelhaushalt 2022/23.

<<Anrede>>

Auch wenn wir mit dem Corona-Sondervermögen alle Maßnahmen zur Pandemie-Bekämpfung überjährig und vom Haushalt getrennt finanzieren, so ist dieser Doppelhaushalt 2022/23 auf der Einnahmeseite dennoch weiterhin geprägt durch die wirtschaftlichen Folgen der Pandemie. Das gilt auch nach der letzten Steuerschätzung vom November dieses Jahres. Die Corona-bedingte Achterbahnfahrt unserer Volkswirtschaft hinterlässt auf der Einnahmeseite noch immer Bremsspuren, die wir durch die Aufnahme von Krediten ausgleichen müssen - über die Konjunkturkomponente der Schuldenbremse.

Dennoch gelingt es uns mit diesem Doppelhaushalt, wichtige Projekte für unser Land zu finanzieren. Das zeigt: Diese Koalition aus CDU und SPD war auch während der Wahlkämpfe der vergangenen Monate und ist auch zehn Monate vor der nächsten Landtagswahl vollumfänglich handlungsfähig. Wir sind uns in dieser Krisenlage gemeinsam unserer Verantwortung für unser Land bewusst.

• **Die politische Liste von CDU und SPD**

<<Anrede>>

Es ist uns gelungen, alle wesentlichen Haushaltsansätze der vergangenen Jahre durchzuschreiben – von der Kulturförderung über die Erwachsenenbildung bis zur Plattdeutschförderung, vom Täter-Opfer-Ausgleich über die politische Bildung bis hin zur Suchtbekämpfung.

Darüber hinaus legen wir die finanziellen Grundlagen, um für unser Land zentral wichtige Maßnahmen umzusetzen. Und ich hätte mir gewünscht, dass die Oppositionsfraktionen wenigstens mit einem kleinen Lob erwähnen, dass wir die vielen Themen, die wir in den vergangenen Monaten diskutiert haben, mit diesem Doppelhaushalt mit einer großen Kraftanstrengung abräumen.

Zu nennen sind:

- Tarifausgleich für die kommunalen Theater ab 2023
- zusätzl. 530 Polizeianwärter in 2022/23 (diese kw-Vermerke und 200 kw-Vermerke von Verwaltungskräften gestrichen)
- Bau und Betrieb eines 6. Kinderschutzzentrums in Niedersachsen
- Ausbau der KiTa-Ausbildungsoffensive
- Ausbau der Kurzzeitpflege
- Mobilisierung zusätzlicher GRW-Mittel zur Wirtschaftsförderung
- Bindung aller Agrar-Förder-Programm-Mittel aus der GAK des Bundes
- Zusätzliche Mittel im Agrarinvestitionsförderprogramm
- Ausbau Starkregenvorsorge/ Hochwasserschutz
- 40 zusätzliche **Medizinstudienplätze** an der European Medical School der Universität Oldenburg

Mit dem Haushaltsbegleitgesetz

- erhöhen wir – nach den Debatten über die Einschnitte im KFA – die Zuweisungsmasse an den Kommunalen Finanzausgleich um 60 Mio. Euro,
- setzen wir die Einmalzahlung aus dem Tarifabschluss für unsere aktiven Beamten um,
- schaffen wir die Schulgeldfreiheit für die Berufsfachschule Pflegeassistenten,
- führen wir das **Schüler- und Azubi-Ticket** ein.
- ... um nur einige Punkte zu nennen.

<<Anrede>> Man kann das, meine Damen und Herren in den Oppositionsfraktionen, alles kleinreden. Und das ist ja irgendwie auch Ihr Job. Man kann das alles für selbstverständlich halten. Das kann man aber nur, wenn man dauerhaft und konsequent die Augen vor der finanzpolitischen Realität verschließt.

Denn diese Pandemie kostet wirtschaftliche Substanz. Der Kampf gegen diese Pandemie und ihre Folgen kostet viel Geld. Und wer so tut, als schränke das die Handlungsspielräume des Staates nicht ein, als sei im Himmel Jahrmarkt, der macht sich selbst und den Menschen etwas vor.

- **Die Haushaltsanträge der Opposition:**

<<Anrede>>

Damit komme ich dann zu den Haushaltsanträgen von Grünen und FDP. Deren Überschrift könnte tatsächlich sein „Im Himmel ist Jahrmarkt.“

Haushaltsantrag Bündnis 90/ Die Grünen

Im Antrag der Grünen ist für alle und jeden etwas dabei. Sicherlich, damit sie den Interessengruppen im Wahlkampf fleißig Briefe schreiben können, dass sie in ihrem Sinne Haushaltsanträge gestellt haben, die von der GroKo aber abgeschmettert worden seien. Bitte nehmen sie in Ihre Briefe wenigsten den Hinweis auf, dass ihr Haushalts-Evergreen, das Fonds-Modell, verfassungswidrig Schulden-finanziert ist und dass ihre Finanzierungsvorschläge – beispielsweise mit einem unzulässigen tiefen Griff in das Corona-Sondervermögen – im Wesentlichen fiktiv und unreal sind – und ihr Haushaltsantrag damit auch!

Haushaltsantrag FDP

Fiktiv und unreal ist leider auch der Haushaltsantrag der FDP. Sie setzt einfach Corona-bedingt niedrige IST-Werte des Jahres 2020 als Ausgabeansätze für die Jahre 2022/23 an. Liebe Freunde von der FDP, sie haben zwar im Bundestag dafür gesorgt, dass die Nationale Notlage aufgehoben wurde, in den Ausgaben des Landes möchten sie diese Notlage jedoch fort-schreiben. Ich denke, sie wissen selbst, dass dieses Vorgehen nicht seriös ist!

- **Plädoyer für die Schuldenbremse mit Tilgungsplan und Konsolidierung.**

Apropos nicht seriös: Die jüngsten Ankündigungen der neuen Ampel-Koalition im Bund, 60 Mrd. Euro Kreditermächtigungen, die der Pandemiebekämpfung dienen sollten, Grundgesetz-widrig in einen Energie- und Klimafonds umzuleiten, veranlasst mich, nochmals eindringlich für etwas zu werben, was eigentlich selbstverständlich sein sollte!

Jede Bürgerin und jeder Bürger muss – mindestens mittelfristig – mit dem eingenommenen Geld auch auskommen. Und das gilt natürlich auch für den Staat. Denn das **Ergebnis einer dauerhaft hohen Staatsverschuldung ist Inflation. Und die raubt den Rentnern einen Teil ihrer Rente, sie raubt den Sparern einen Teil ihres Gesparten, sie raubt den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmerinnen einen Teil ihres Wohlstandes und sie stürzt Menschen mit niedrigem Einkommen in Armut.**

Inflationspolitik ist zutiefst ungerecht! Meine Damen und Herren, Schuldenpolitik ist ungerecht! Vor allem ist sie ungerecht für kommende Generationen: Denn jede Generation hat große Herausforderungen und Krisen zu meistern. Daher muss jede Generation auch die notwendigen Handlungsmöglichkeiten erhalten, dies zu tun. Es ist nicht nur unsere Verantwortung, die Herausforderungen und Krisen unserer Zeit zu meistern. Es ist auch unsere Verantwortung, nachfolgenden Generationen nicht die finanzielle Luft abzuschneiden. Wir müssen auch ihnen ihre Handlungsspielräume lassen.

Liebe Freunde von der FDP, bisher haben wir in dieser Frage an einem Strang gezogen. Und ich hoffe sehr, dass der Sündenfall von Berlin keine dauerhafte Abkehr der FDP von einer Grundgesetzkonformen Haushaltspolitik bedeutet.

- **Schlussbemerkung: Doppelhaushalt für Stabilität und Zukunftschancen**

Der Haushaltsantrag der Koalitionsfraktionen ist eine Kraftanstrengung, mit der wir unserem Land – der Polizei, der Justiz, der Wirtschaft, der Landwirtschaft, den Schulen und Hochschulen, der Kultur, den Kommunen, den sozialen Einrichtungen, dem Klima- und Umweltschutz und dem Ehrenamt – Sicherheit, Zusammenhalt und Perspektiven geben.

Dem Finanzminister und seinen Mitarbeitern danke ich im Namen der CDU-Landtagsfraktion ausdrücklich für die gute Zusammenarbeit und für die Arbeit, die in diesem Doppelhaushalt steckt. Das ist eine sehr gute Haushalts- und Finanzplanung! Daher stimmen wir gerne zu.

Vielen Dank!